

Dezember 2007

Die von mehreren Seiten, insbesondere vom Präsidenten der Französischen Republik Sarkozy lancierten Appelle zum Aufbau einer europäischen Verteidigung sind die Bestätigung dafür – falls es einer Bestätigung überhaupt bedurft hätte –, dass eine solche Verteidigung noch nicht existiert und gegenwärtig kein europäisches Land alleine die eigene Sicherheit gewährleisten und einen Beitrag zum Frieden leisten kann. Diese Appelle stoßen jedoch rasch an ihre Grenzen: sie übersehen oder tun zumindest so, als ob sie übersehen, dass das Problem der europäischen Verteidigung in seinem Kern nicht gelöst werden kann, solange die Souveränität der Nationalstaaten nicht überwunden ist, und ferner zielen sie darauf ab, die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern im Rahmen der üblichen internationalen Verträge weiterzuführen oder höchstens zu vertiefen.

Im Juli 1951 wandte sich der damalige General Eisenhower an die Europäer, die gerade die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges hinter sich hatten, und forderte sie auf, unverzüglich "truly a unit" zu werden und "a workable European federation" zu gründen. Nach dem Dafürhalten Eisenhowers war es nämlich trügerisch und irreführend, von der europäischen Verteidigung und Sicherheit nur im Sinne einer Zusammenarbeit zu sprechen, da diese sich auf Dauer nicht nur als unangemessen erwiesen, sondern auch das Misstrauen der Völker geschürt hätte, die aufgerufen waren, sie zu unterstützen, und darüber hinaus deren Feinde zu Infiltrations- und Unterdrückungsversuchen ermuntert hätte. Mehr als fünfzig Jahre später verhallt die Aufforderung Eisenhowers immer noch ungehört; und doch sind die Gründe, die er den Europäern für die Schaffung einer wirklichen Föderation genannt hat, historisch und politisch nach wie vor gültig und vordringlich. Gegenwärtig neigt man in der Tat dazu zu vergessen, dass wir derzeit in Europa oder doch zumindest innerhalb der Europäischen Union in einer Situation leben, in der ein Krieg unmöglich erscheint und dass diese Entwicklung nicht nur das Ergebnis der europäischen Integration und ihrer unleugbaren Erfolge, sondern auch die Folge der Beschneidung der Macht der europäischen Staaten im Vergleich zu den USA und der UDSSR im vergangenen Jahrhundert ist. In diesem Rahmen sahen sich die Europäer einerseits durch die Umstände gezwungen, das Zeitalter der Zusammenarbeit und der Integration mit der Aussicht auf die Einigung einzuleiten, was ihnen zuvor spontan und rational nicht gelungen war; andererseits sind sie jedoch Gefangene einer sehr zerbrechlichen Ordnung geblieben, auf der gegenwärtig Herausforderungen lasten, die aufgrund ihrer Schwere und ihres Ausmaßes nicht weniger gefährlich sind als jene in der Vergangenheit.

Die Hoffnung vieler Europäer, dass nach dem Zusammenbruch der UDSSR die militärische Sicherheit auf dem europäischen Kontinent und darüber hinaus von einer multinationalen Armee unter amerikanischer Führung gewährleistet werden könnte, hat sich rasch als unbegründet erwiesen. Innerhalb weniger Jahre ist anstelle der Furcht vor einem globalen Krieg die Furcht vor wachsender Instabilität getreten, die sich in der drastischen Zunahme der Zahl der kriegerischen Auseinandersetzungen manifestiert, die zwar geografisch begrenzt sind, jedoch zu keinen Resultaten führen und von denen inzwischen fast alle Kontinente heimgesucht werden. Es handelt sich um Kriege, die immer mehr Menschenleben fordern und erhebliche Sach- und Finanzmittel verschlingen und dies auch künftig tun werden. Diese bereits Besorgnis erregende Lage wird nach zahlreichen, für diverse Regierungen erstellten Studien in sicherheitspolitischer Hinsicht vor allem aufgrund dreier neuer Phänomene noch labiler werden. Zunächst ist die militärische Allgegenwart der Supermacht Amerika zu nennen, die inzwischen in weit mehr als hundert Ländern präsent ist und die eigenen Möglichkeiten erschöpft, etwaige weitere internationale Polizei- und Kontrollaufgaben zu übernehmen. Dann ist auf die vorhersehbare Verschärfung der regionalen Ungleichgewichte als Folge der negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Umwelt und die Volkswirtschaften hinzuweisen, die in einer wachsenden Zahl von Staaten Spannungen und Unruhen heraufbeschwören wird. Und schließlich gibt es den von den Staaten bereits eingeleiteten Wettlauf um die weitere Kontrolle und Sicherung der Kanäle für die Versorgung mit den immer knapper werdenden Rohstoffen, der eine gefährliche Wiederaufrüstungspolitik nach sich ziehen könnte, mit der zwar defensive Absichten verfolgt würden, die jedoch unvorhersehbare Auswirkungen auf die Entwicklung der internationalen Beziehungen hätte.

Ein weiterer entscheidender Faktor der internationalen Sicherheit, der für die Europäer eine wachsende Bedrohung darstellt, sind die mit der Verbreitung der Massenvernichtungswaffen und der nuklearen Abschreckung verknüpften Risiken. Was die Verbreitung von Kernwaffen betrifft, so besteht nicht nur die Gefahr, dass bestimmte Länder in den Besitz dieser Waffen gelangen und Europa somit in deren Reichweite zu liegen kommt; verschärfend kommt hinzu, dass die nukleare Bedrohung

im Spannungsfeld der russisch-amerikanischen Beziehungen nicht völlig beseitigt worden ist, wo sie doch gemäß dem Abkommen zwischen Reagan und Gorbatschow bis Ende des vorigen Jahrhunderts eigentlich hätte eliminiert werden sollen, sondern wieder akut ist, wie der Streit um die Errichtung des amerikanischen Raketenabwehrschildes und das von Russland gleichzeitig aufgelegte Programm zur Erneuerung seines Waffenarsenals deutlich machen. Auch sollte nicht vergessen werden, dass Russland und die USA zusammen immer noch über ein Arsenal von mehr als zwanzigtausend Sprengköpfen verfügen – von denen etwa zehntausend einsatzbereit sind – und dass eine Verringerung dieses Bestandes auf "wenige" Tausend bis 2012, wie vor Jahren geplant, nunmehr in weite Ferne zu rücken scheint. Für diese neu entfachte militärische Eskalation tragen die Europäer ein gerütteltes Maß an Verantwortung. Mit ihrem atomaren Wettrüsten strebten die USA und die UDSSR die Herrschaft über Europa an, und heute treffen sie aufgrund der andauernden Schwäche Europas erneut auf dem europäischen Schauplatz aufeinander. Tatsache ist, dass die Europäer darauf verzichtet haben, aus der Europäischen Atomgemeinschaft – wie von Monnet gewünscht – die Keimzelle einer effizienten supranationalen europäischen Behörde für den Nuklearbereich zu machen, vor allem jedoch, dass sie ihre Möglichkeiten nicht genutzt haben, um eine den Herausforderungen des Nuklearzeitalters angemessene supranationale Regierung auf dem Kontinent zu errichten, womit sie in zweifacher Hinsicht riesigen Schaden verursacht haben: einerseits haben sie ein gefährliches Machtvakuum geschaffen und andererseits haben sie es nicht vermocht, der Welt den Weg der Friedenssicherung zu weisen und deutlich zu machen, dass die Staaten sich nach Jahrhunderten der Kriege auch zusammenschließen können.

Unter diesen Umständen sind die Europäer heute nicht in der Lage, eine eigenständige und maßgebende Position gegenüber den nationalen Politiken anderer Staaten im Nuklearbereich festzulegen und zu vertreten, und wann immer sich das Problem der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen – wie im Falle Nordkoreas und Irans – zu einer potenziellen Krise ausweitet, sehen sie sich gezwungen, sich einfach den Positionen der vorherrschenden Macht anzuschließen. Zudem bleibt die Möglichkeit einer Politik der europäischen nuklearen Abschreckung als entscheidender Stützpfeiler des Aufbaus einer unabhängigen europäischen Verteidigung ein Tabu. Deutschland steht an der Spitze derjenigen, die jedweden Vorschlag ablehnen, der darauf abzielt, sie in ein ehrgeiziges gemeinsames Projekt einzubinden. Andererseits ist die britische Abschreckungsmacht so stark mit der amerikanischen verquickt, dass man sich nicht einmal vorstellen kann, sie sei "europäisch". Und schließlich könnte die derzeitige französische Abschreckung aller Voraussicht nach schon in ihrer jetzigen Dimension eine Rolle von Weltgeltung spielen, auch wenn sie bereits der Kontrolle Europas unterläge; sie ist jedoch schlichtweg anachronistisch, da sie in ihren Zielen und in ihrem Potenzial ausschließlich der nationalen Interessenssphäre Frankreichs verpflichtet ist.

Von welcher Grundlage müssten die Europäer abschließend also ausgehen, um eine wirklich unabhängige Verteidigung aufzubauen? Im Lichte obiger Ausführungen gibt es offensichtlich drei Probleme, die nicht mehr umgangen werden können. Dabei geht es nacheinander um a) das Problem der *Definition der Macht*, die geschaffen werden müsste, um Europa nicht nur mit Worten, sondern auch in der Realität sicherheitspolitisch unabhängig zu machen, wobei klar sein muss, dass die Europäer erst dann, wenn sie unabhängig geworden sind, als gleichberechtigte Partner bestimmen können, welche Art von Beziehungen zu den USA und den anderen Weltmächten sie pflegen und welche Politiken sie ihnen gegenüber verfechten; b) das Problem, den *Rahmen* abzustecken, in dem die Schaffung einer solchen Macht denkbar ist und in dem Bewusstsein erfolgen kann, dass gegenwärtig nicht nur eine europäische Verteidigung mit 27 Ländern, sondern ebenso unter Einbeziehung Großbritanniens unmöglich ist – um nur das wichtigste, aber nicht das einzige Land zu nennen, das diesen Weg der europäischen Kontinentalpolitik nicht mitgehen will; c) das Problem, einen *Militärstab für die europäische Verteidigung* mit operativer Funktion sowohl im konventionellen als auch im Nuklearbereich zu errichten, der unmittelbar einem souveränen Europa unterstehen müsste.

Nur in dem Maße, in dem eine ernsthafte Debatte über diese Probleme in Gang kommt, kann an die Stelle der reinen Rhetorik eine politische Initiative zur Frage der europäischen Verteidigung treten. Und erst wenn eine solche Debatte schließlich stattfindet, wird in aller Deutlichkeit die unbequeme europäische Wahrheit zutage treten, die heutzutage nur zögerlich anerkannt wird: solange Frankreich und Deutschland nicht *gemeinsam* auf ihre undurchsichtigen nationalen Politiken verzichten und *gemeinsam* eine Initiative in die Wege leiten, bei der es darum geht, zusammen mit anderen Gründungsmitgliedern einen föderalen Pakt zu unterzeichnen und somit den ersten Kern eines Europäischen Bundesstaates zu schaffen, wird das europäische Streben nach Unabhängigkeit und gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den anderen Völkern ein Traum bleiben.

Publius

---

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

---

Editrice EDIF, via Volta, 5 - I-27100 Pavia - E-mail: [publius@euraction.org](mailto:publius@euraction.org)  
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 574 del 9 settembre 2002  
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003  
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 2, DCB Pavia  
[www.euraction.org](http://www.euraction.org)